

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Einzelgenabteilung: Geschäftstg 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 61, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Vormarsch auf der ganzen Linie.

Wahlerfolge in Mecklenburg und Sachsen.

Rostock, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag hier stattfanden, ergaben wieder wie bei allen Wahlen der letzten Wochen einen katastrophalen Rückgang der Völkischen und der Kommunisten, eine Schwächung des bürgerlichen Mischmaschs, sowie er sich im Schlepptau der Deutschnationalen befindet und einen erfreulichen Aufstieg der Sozialdemokratie. Wir haben die 19 Mandate von der Stadtverordnetenwahl am 27. November 1921 behauptet. Damals erhielt die Sozialdemokratie 10 794 Stimmen, bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 und diesmal 10 338. Der Bürgerliche Wirtschaftsbund, dessen Parteien bei der Reichstagswahl 13 585 Stimmen auf sich vereinigten, brachte es nur auf 10 985 Stimmen. Damit haben die Bürgerlichen 3 Mandate verloren. Die Kommunisten gingen von 4727 am 4. Mai auf 2906 zurück. Noch größer ist die Niederlage der Völkischen. Am 4. Mai auf hohen Kosten mit 7541 Stimmen, brachten sie es jetzt noch auf ganze 3471, womit sie weit über 50 Proz. ihrer Stimmen eingebüßt haben. Die Wahlbeteiligung betrug rund 70 Proz. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Bürgerblock 20, Sozialdemokraten 19, Mieter 9, Völkische 6, Kommunisten 5, Demokraten 2. Der Anteil der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen betrug: bei den Landtagswahlen am 17. Februar 1924 22 Proz., bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 26 Proz., und bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen 30 Proz.

7 bis 8 (0). Das Verhältnis zwischen Bürgerlichen und Linken dürfte mithin bei der jetzigen Stadtverordnetenwahl etwa 28:23 (1921: 27:21) sein.

Wahlerfolg auch bei Zwickau.

Zwickau, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadt Planitz bei Zwickau hatte am 12. Januar l. J. ein Stadtverordnetenkollegium von 9 Sozialdemokraten, 7 Kommunisten und 9 Bürgerlichen gewählt. Da sich die Kommunisten vollständig auf die Seite der Bürgerlichen schlugen und mit diesen gemeinsam einen bürgerlichen Bürgermeister zur Wahl verhalfen, legte die sozialdemokratische Fraktion ihre Mandate nieder und erzwang damit eine Neuwahl. Diese fand am Sonntag statt und brachte der Sozialdemokratie einen starken Erfolg. Unsere Genossen nahmen den bürgerlichen Gruppen ein Mandat und den Kommunisten zwei Mandate ab, so daß das Stadtverordnetenkollegium sich nunmehr aus 12 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten und 8 Bürgerlichen zusammensetzt. Zwar können die Kommunisten noch immer mit einer Stimme Mehrheit „Kommunistischer Bürgerblock“ spielen helfen, aber vielleicht ist ihnen die Lust dazu inzwischen vergangen. Aber für die Reichstagswahl bildet auch diese Wahl ein günstiges Vorzeichen!

Wahlerfolg in Niederösterreich.

Stimmengetwin bei den Kleinbauern und Landarbeitern. Wien, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag wurden im Bundesland Niederösterreich, aus dem Wien längst als eigenes Bundesland herausgehoben ist, die Gemeinderäte neu gewählt, jedoch nicht in den Städten und Märkten, also in der Hauptsache die der reinen Landgemeinden. Die Wahlbeteiligung war teilweise recht ansehnlich. Soweit sich das Ergebnis bis jetzt übersehen läßt, hat die Sozialdemokratische Partei rund 250 Mandate neu und durchschnittlich gegenüber der letzten Wahl 10 Proz. Stimmen gewonnen.

Nur ein Rheinländer.

Die Deutschnationalen beschimpfen den deutschen Rheinländer.

Wer nicht deutschnational wählt ist kein Deutscher. Das ist die These, die die Deutschnationalen während des Wahlkampfes aufstellen. Ein Deutscher ist nur, wer von alten Konservern abstammt, wie Herr Westarp aus Ludom stammt oder in Bombst amtiert, Besther eines Ritzeguts ist und auf Wohl und Wehe des Volkes pfeift, das Deutschland bewohnt.

Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, ist ein Jude. Ist das zu unwahrscheinlich, dann ist er — ein Rheinländer. Die „Nationalpost“ veröffentlicht in einer Sonderausgabe eine Karikatur von Breitscheid mit der Unterschrift: „Dr. Rudolf Breitscheid, Reisender, Schreiber und schönredender Apostel der Weltdemokratie, westwärts gerichteter Rheinseite.“

Kein Deutscher, nur ein Rheinländer! Eine größere Insamie ist nicht denkbar. Die Rheinländer sind Keilen, Rheinkellen. Wer einem Rheinkellen das Deutschtum abspriecht, spricht jedem Rheinländer das Deutschtum ab.

Es gibt französische Theorien, die diesen Wahnsinn allen Erbes vertreten. Barrès und andere Theoretiker des Separatismus gründen darauf die französischen Ansprüche auf die Rheinlande. Niemand ist in Deutschland, der diese irrsinnigen Theorien ernst nimmt, der mehr in ihnen sieht als die schlechte Verhüllung nationalistischer Raubgier — mit Ausnahme der Deutschnationalen.

Insgesamt denken sie wie Barrès und die Theoretiker des Separatismus. Insgesamt halten sie die Rheinländer für Deutsche zweiten Ranges, für keine echten Deutschen. Insgesamt denken sie von der Bevölkerung des Rheinlandes, die ihr Deutschtum mit beispielloser Treue verteidigt: keine Deutschen, nur Rheinländer. Hier ist eine Erklärung dafür, daß Deutschnationalen mit den Ideen der Versäufelungspolitiker sprechen konnten, daß Herr Hergt ein kleines Ostdeutschland lieber ist als die große einheitliche deutsche Republik. Im Rheinland wohnen ja gar keine Deutschen, nur — Rheinländer.

Kein Deutscher, nur ein Rheinländer! Damit wollen die Deutschnationalen in ihrem abgrundtiefen, verblendeten Haß gegen die Männer des neuen Staates einen Rheinländer beschimpfen und verächtlich machen. In ihrer Verblendung fühlen sie nicht, wie sie den ganzen Volksstamm am Rhein — Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze — beschimpfen, wie sie ihre Ideengemeinschaft mit den französischen Anreizern und Separatisten offenbaren. Wer an den Ufern des Rheins geboren ist, soll kein echter Deutscher sein?

Diese Beschimpfung des deutschen Rheinlandes, diese Hilfeleistung für Separatisten und französische Innenzionisten wird den Deutschnationalen nicht vergeßen werden!

Englische Backpfeife für Hergt.

Konservative Absage an die Deutschnationalen.

Seit dem Wahlsieg der englischen Konservativen ließ Hergt keine Rede vorübergehen, ohne seinem gläubigen Publikum vorzugaukeln, daß die Bildung einer konservativen Regierung in England ein Ansporn für das deutsche Volk sein müßte, gleichfalls rechts zu wählen. Die Deutschnationalen gingen in der würdelosen Anbiederung soweit, daß sie aus der bloßen Tatsache, daß der Berliner Berichterstatter der „Times“ ein Gerücht wiedergegeben hatte, wonach deutsch-nationale Führer nach England zu reisen gedächten, allen Ernstes die Schlussfolgerung zogen, eine solche Fühlungnahme werde von der Baldwin-Regierung gewünscht. Die deutsch-nationale Pressestelle entbildete sich nicht, darin einen „Erfolg“ der Hergtschen Wahlreden zu erblicken!

Jetzt liegt die englische Antwort auf diese Anbiederungsversuche vor. In einem Leitartikel der „Times“ vom 29. November werden die kommenden Reichstagswahlen besprochen und da heißt es wörtlich:

„Die Deutschnationalen haben jedoch kein Recht, den konservativen Sieg in Großbritannien als ein Argument zu ihren Gunsten zu beanspruchen. Sie haben nichts gemeinsam mit den britischen Konservativen und ihr reaktionär-militarisches Programm mit seiner hartnäckigen Ablehnung der deutschen Verantwortung am Kriege, die sie selbstschuldig hoffen, irgendwie und irgendwann zu erneuern, erzeugt Mißtrauen in der großen Mehrheit des englischen Volkes und verzögert ernsthaft die Entwicklung zur Verständigung. Es ist nicht die Sache der anderen Nationen, Partei im deutschen Wahlkampf zu ergreifen; aber es ist dennoch möglich, den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß dieser Kampf mit der Errichtung einer tüchtigen und realpolitisch denkenden Regierung, die stark genug ist, konsequent für den Frieden zu arbeiten und jene Irrtümer zu vermeiden, die immer wieder die Versuche hintertrieben haben, normale internationale Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen.“

Die „Times“ ist das offiziöse Sprachrohr der Baldwin-Regierung. Eine deutlichere Absage an das deutsch-nationale Liebeswerben der letzten Wochen ist gar nicht denkbar. Herr Hergt hat ein Ermunterungswort von englisch-konservativer Seite gebettelt und eine Backpfeife erhalten, mit der er bis zum 7. Dezember kaum renommieren dürfte. Er wird sich in der letzten Woche des Wahlkampfes an anderer Bauernängereien bedienen müssen, wenn er die deutsch-nationale Pleite aufhalten will.

Rückkehrerlaubnis für Adelung.

Paris, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Die zuständige Senatskommission hat am Sonntag beschlossen, den feierlich gegen den Oberbürgermeister Adelung-Mainz ergangenen Ausweisungsbefehl zurückzunehmen und gegen dessen Wiedereinsetzung in sein früheres Amt keinen Widerspruch zu erheben. Adelung wird wahrscheinlich bereits in den nächsten Tagen nach Mainz zurückkehren.

Die hohle Bombe.

Deutsch-nationale Unfähigkeit — selbst in Fälschungen.

Der deutsch-nationale Versuch, durch einen nachgefundenen Sinowjew-Brief in letzter Stunde die Wahlgeschäfte verbessern zu können, ist dem Fluch der Väterlichkeit verfallen. Trotz der beschämigten Schamtheit, mit der die Fälscher zu Werke gehen wollten, als sie das angebliche Memorandum Herriots in die deutsche Presse zu lancieren suchten, zeigt sich ihr Verhalten doch von einer auffallenden Lausigkeit. Man stelle sich vor: das unmögliche Manuskript einer angeblichen französischen Note an die Alliierten wird in Berlin in russischer Sprache herumgezogen. Es wird in dieser Form amerikanischen Journalisten und der Redaktion eines neu herausgegebenen republikanischen Abendblattes in die Hand gespielt. Man rechnet mit der Sensationslust gewisser Journalisten und hofft, daß diese sofort um der Felleame willen diesen fetten Bissen schlucken würden. Man hat sich in diesem Falle aber verrechnet. Vielmehr unterblieb die Veröffentlichung, nachdem die Fälschung als solche erkannt war. H. von Gerlach, der auf dem Umwege über jene Zeitungsredaktion von der Wahlerte Kenntnis erhalten hatte, warnte am vorigen Montag bereits vor der Erfindung.

Das ganze glänzende Geschäft mit der angeblichen Aktion Herriots gegen Secki schien verdorben. Aber ein hoher deutsch-nationaler Kriegsrat hat nach langen Beratungen einen Ausweg gefunden, um die vermeintliche Bombe noch noch plätzen zu lassen. Er suchte die am wenigsten gelebte deutsch-national-antifemistische „Berliner Börsenzeitung“ aus, damit sie das Odium von der offiziellen deutsch-nationalen Presse nähme und die Erfindung zum ersten Male der Öffentlichkeit übergebe. Zwar standen die Macher der Schwindelfasäre vor der unbestreitbaren und unangenehmen Tatsache, daß ihre Erfindung schon vorher in der Presse als Fälschung entlarvt wurde, aber die „Börsenzeitung“ mußte heuchlerisch versichern, daß sie „nach eingehender Prüfung des Schriftstücks“ an seine Echtheit glaube.

Damit war das Elchwort gegeben. Was sonst noch an deutsch-nationalen Blättern in Berlin erscheint, bringt denn auch am Sonntagmorgen in großer Aufmachung das vermeintliche Memorandum unter dem scheinheiligen Vorgeben, daß, wenn sogar, ein Blatt vom Range der „Börsenzeitung“ an die Echtheit des Schreibens glaube, dann doch etwas dahinter stecken müsse. Der „Reichsbote“, notorisch eines der dümmsten deutsch-nationalen Organe, muß sich in seiner Beurteilung der Sache wieder an berühmte Vorbilder anlehnen, indem er von „deutsch-demokratischen Dolchgeren“ spricht, sonst aber druckt er wortwörtlich die geistige Leistung der „Kreuzzeitung“ ab, freilich ohne sie zu zitieren:

Andererseits aber gibt es auch sehr zu denken, daß gerade die Kreise, die durch das Memorandum bläsig gestellt werden, schon vor seiner Bekanntgabe Dementis in die Welt sandten. Auch in Dementieren waren sich die Franzosen und die deutschen Demokraten und Sozialisten einig. Es liegt also die Vermutung nahe, daß das Schriftstück in irgendeinem französischen Ministerium abhanden gekommen ist. Es lag somit die Befürchtung vor, daß es in fremde Hände kommen konnte, und daher wurde scheinlich, sozusagen pränumerando, der Dementierapparat von dem schönen Bundesgenossenpaar, den Franzosen und deutschen Demokraten, in Bewegung gesetzt.

Da „Reichsbote“ und „Kreuzzeitung“ wortwörtlich denselben Text bringen, liegt die Vermutung nahe, daß ihnen diese Auslegung von prominenter deutsch-nationaler Seite diktiert worden ist. Nur sind sie auch in der Fähigkeit, Ausreden zu erfinden, so ungeschickt, daß ein Blinder mit dem Krüdenstock ihre Verlegenheit merken kann. Wenn wirklich ein französischer Text aus dem französischen Ministerium „verschwinden“ wäre, um in deutsch-nationalen Händen wieder aufzutauden, dann müßte es doch geradezu Wunder nehmen, daß dieser Text in Deutschland gerade in russischer Sprache verbreitet wurde!

Die Bauernschlauheit der deutsch-nationalen Fälscherzentrale hat offensichtlich so spekuliert: Durch die Wiedergabe des französischen Dokuments in russischer Sprache und Leitern würde der Anschein erweckt, als wenn das Schreiben auf dem Umwege über irgendeine Sowjetgesandtschaft käme. Man hat dabei allerdings übersehen, daß die Sowjetleute zum Teil ein viel besseres Französisch und oft ein ebenso gutes Deutsch schreiben und sprechen, als die Deutschnationalen in unserm Lande. Die Uebersetzung ins Russische zeigt also geradezu eine teuflische Bosheit, die nur durch Dummheit gemildert wird.

Die Darstellung, die unserem Pariser Korrespondenten schon am Sonntagabend von den französischen amtlichen Stellen gegeben und in der die ganze Geschichte als von A bis Z erfunden bezeichnet wurde, wird noch unterstrichen durch eine persönliche Erklärung, die Herriot selbst schon vor mehreren Tagen dem Sekretär der französischen Liga für Menschenrechte, Guernut, auf eine Anfrage wegen des in Deutschland zirkulierenden angeblichen Schreibens abgab. Diese Erklärung ist knap, klar und unmißverständlich. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Sie haben mir am 21. Kopie eines angeblichen Memorandums der französischen Regierung an die verbündeten Regierungen zugestellt und erwähnt, dies Memorandum funktionierte heimlich in Deutschland und sollte veröffentlicht werden.“

Ohne alle Umschweife erkläre ich Ihnen, daß diese Urkunde eine plumpe Fälschung ist, und ich ermächtige Sie, von diesem Brief jeden Ihnen gut dünkenden Gebrauch zu machen. Herriot“

Nach einer solchen Erklärung sollte man annehmen, daß jeder in Deutschland, der die Behauptung von der Existenz dieses angeblichen Memorandums wiederholt, als Dummkopf oder Verbrecher der öffentlichen Verachtung verfallen müßte. Die „Deutsche Zeitung“ scheint danach zu getzen, als erste diese Verachtung für sich zu verdienen. Seit dem Ausschneiden Max Maurenbreders hat sie den letzten journalistischen Halt verloren, und ist vollends zum Lummelplatz minderwertiger journalistischer Leistungen herabgesunken. Deshalb leistet sie sich in ihrem Sonntagsblatt, noch ohne von dem Wortlaut der eindeutigen Erklärung Herriots Kenntnis zu haben, die Dummdreistigkeit, zu versichern, sie sei bereit, im gegebenen Augenblick die Echtheit des Dokuments zu beweisen! Eine „Stelle außerhalb Deutschlands“ wisse schon seit geraumer Zeit, daß sich das Material in ihren Händen befindet, und deshalb habe diese Stelle darauf hingearbeitet, es vor seiner Veröffentlichung schon als Fälschung hinzustellen.

Der Zweck der ganzen Erfindung wird von der „Deutschen Zeitung“ allerdings sehr offen dargestellt.

Es erhebt sich zu allererst die Frage, wie lange der Staat es sich gefallen lassen will, daß hinter dem Rücken der Regierung mit einem Feindbündnis politische Pläne geschmiedet und politische Abreden getroffen werden, und ob nicht der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Wort mitzusprechen hat?

Wenn der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bei seiner vielfältigen Beschäftigung mit Kommunisten noch einige Zeit übrig hätte, sich mit anderen Dingen zu befassen, so würde er einmal untersuchen müssen, welchen außerpolitischen Schaden diese dreisten Fälschungen der deutschnationalen Wahlpropaganda anzurichten imstande ist. Früher als der Staatsgerichtshof werden nun zunächst die deutschen Wähler ihr Urteil zu sprechen haben, und sie werden nicht lange Zeit brauchen, um eine Fälschung als Fälschung zu erkennen.

In ihrem Eifer, als besonders gut informiert zu gelten, verrät nämlich die „Deutsche Zeitung“ ihre eigenen Glaubensgenossen. Während „Kreuzzeitung“, „Reichsbote“ und „Volkstanzler“ sich den Anschein geben, als könnten sie an die Echtheit des Memorandums nur deshalb glauben, weil auch die „Börsezeitung“ sagt, sie habe sich von der Echtheit überzeugt, versichert die „Deutsche Zeitung“, das Material sei seit langem in ihren Händen! Man kann, bei auch nur mäßigem Scharfsinn, also jetzt feststellen, von wo aus das Material weiterlanciert worden ist, um im letzten Augenblick als Wohlkomme aufzutreten.

Wenn irgend ein Staatsanwalt oder gar der Oberrechtsanwalt ein Interesse daran hat, die Quelle der Urkundenfälschung zu entdecken, so mag er sich getrost an die „Deutsche Zeitung“ halten, die ja in ihrer Einfachheit verrät, daß sie seit langem der Graalshüter dieses Produktes einer kranken Phantasie gewesen ist.

Hergt und der Fall Rathusius.

Oder: Die Angst vor einer nationalen Entwicklung.

Die unehrliche und plumpe Art, in der die Deutschnationalen versuchen, den Fall Rathusius zu Wahlzwecken und nationalistischer Berührung zu mißbrauchen, hat mit einer verdienten Niederlage der Deutschnationalen geendet. Der General selbst sah sich veranlaßt, von dem beabsichtigten Besuch einer deutschnationalen Versammlung in Kassel abzusehen. Was das bedeutet, ist klar. Die Deutschnationalen hätten also allen Anlaß, zu schweigen. Aber Herr Hergt, wenn auch nicht mehr Parteivorstand, so doch noch immer Mitglied des Parteivorstandes, denkt anders. Er unternahm in einer deutschnationalen Wählerversammlung den einvernehmlichen Versuch, den Verlauf des Falls und die Begründung des Generals in einen Erfolg der — deutschnationalen Politik umzubilden, indem er sie als eine Folge der Angst vor einer nationalen Entwicklung in Deutschland nannte.

Illuminierte Verkehrsstockung.

Von Hans Liebauermann.

Eigentlich wollte man den Verkehrsturm am Potsdamer Platz von Berlinern als sinniges Weihnachtsgeschenk überreichen. Ohne sich ganz über die Art der Ausführung im Klaren zu sein, stürzte man sich zuerst mit Feuereifer auf die Borsarbeiten. Unter entschlossener Heranziehung aller verfügbaren Kräfte glückte es auch, den bis dahin ziemlich unversehrten Platz in wenigen Tagen in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Das war vor einigen Monaten. Seit der Zeit vollzogen Fußgänger, Radfahrer und Gefährte müht um und über die Barrikaden und Granattrichter, die man den Schlachtfeldern in Nordfrankreich notgesehen nachgebildet hatte. Nachdem dieser Teil der Verkehrsregelung ebenso unglücklich wie gründlich erledigt war, trat man in Beratungen über die Umgestaltung der Umgebung des Turms ein. Am würdevollsten erschien die Niederreißung der angrenzenden Straßenzüge, den Potsdamer Bahnhof und das Warenhaus Berthelm eingeschlossen. Von diesem Plan nahm man in dessen wieder Abstand, weil die Entfernung der Bedürfnisanstalt und der beiden Tothhäuschen unzulässig erschien. Das südliche Tothhäuschen, das als Unterabsetzungsstand benutzt wird, erwies sich als geradezu unentbehrlich. Man zog daher einige andere ebenso ernsthafteste Vorschläge in die engere Wahl. Es galt zu entscheiden, ob man aus dem Platz ein großes Wasserbassin mit leuchtender Bunderfontäne, eine Kaffee- und Gemüseplantage oder ein Kassenbeet machen sollte. Beistimmend bei den Erwägungen war die Forderung, die Ueberquerungsweg, da man sie nicht ganz lassen konnte, wenigstens so kühn wie möglich anzulegen. Am besten gestaltete das der Rosenbeetvorschlag, der denn auch angenommen wurde.

So originell wie der Gedanke der Verkehrsregelung überhaupt war die Vergewaltigung der einschlägigen Arbeiten. Eine der vielen Firmen, die sich um die Ausführung Lemorben hatten, blieb mit dem Preis und der Zahl der veranschlagten Arbeitsstunden auffallend weit hinter den anderen zurück und übertrug daher ihre Konkurrenz. Ihr wurde die Arbeit übertragen. In der Ueberpostung — die Angelegenheit spielte ja erst wenige Monate — hatte man keine Zeit übrig, sich nach den näheren Umständen der Ausführung zu erkundigen. Das Originelle bei der Firma war nämlich, daß sie die Umgestaltung durch einen einzigen Arbeiter besorgen wollte. Die Situation war ungewöhnlich. Anfangs suchende Bedenken beschwichtigten sich bald. Die 100 Mann 14 Tage oder ein Mann vier Monate arbeiten, bleibt sich im Grunde gleich. Die Endwirkung ist dieselbe: schließlich wird die Arbeit geschafft. Nur mit der Weihnachtsfreude wird es nicht werden. Zwar sind die Begleitumstände durchaus weihnachtlich. Der Platz ist nahezu unpassierbar genau wie zu Hause das Zimmer, in dem die Weih-

Es ist eine auch von den Deutschnationalen anerkannte Tatsache, daß die günstige Wendung im Fall Rathusius hauptsächlich auf die Vermittlung des Genossen Breitscheid zurückzuführen ist. Aber auch der Schritt des Genossen Breitscheid wäre zum Mißerfolg verurteilt gewesen, wenn nicht in Frankreich an der Stelle Poincarés ein Herriot läge, der allen nationalistischen Gewalten zum Trost den Geist der Demokratie und der friedlichen Verständigung pflegt. Die Befreiung des Generals ist also eine Tat der deutschen und der französischen Demokratie. Hätte sich nicht ein deutscher Sozialdemokrat um den General bemüht und hätte Frankreich eine „nationale“ konservative Regierung, dann müßte General Rathusius die Folgen des von den Deutschnationalen gepriesenen „nationalen“ Militarismus bis zur bitteren Reize durchkosten. Herr Hergt aber findet nach all den gegenteiligen Feststellungen und den katastrophalen Blamagen der Deutschnationalen im Fall Rathusius noch den Mut, die Begründung als deutschnationalen Sieg zu feiern! Da kann man nur eins sagen: echt deutschnational!

Der „Börsenzeitung“ wird über den Verlauf der deutschnationalen Wählerversammlung, auf der General Rathusius sprechen sollte folgendes mitgeteilt: Der große Stadthallenpark war nicht nur von Deutschnationalen, sondern auch von vielen Neugierigen und Mitgliedern anderer Parteien ausgefüllt, die den General ganz gern einmal gesehen hätten. Das „Casseler Volksblatt“ hatte aber heute nachmittags mitgeteilt: Wie uns General v. Rathusius telephonisch mitteilt, hat er ein Auftreten in der deutschnationalen Wählerversammlung in der Stadthalle abgelehnt.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen, Landgerichtsdirektor Schmidt, betonte deswegen, daß von einem Ablehnen keine Rede sein könne, weil der General sich lebenswüdigemweise der Partei zur Verfügung gestellt habe. Daß er nicht gekommen sei, sei lediglich seinem angegriffenen Gesundheitszustand zuzuschreiben. Sehr bedauerlich sei es aber, daß der Hauptredner des Abends, der Reichstagspräsident Staatsminister Wolfke, die Partei im Stich gelassen habe. Aber auch das sei entschuldigbar; denn der gleichfalls schon ältere Herr sei durch seine Wahlrede in Köln stimmlich so erschöpft worden, daß er außerstande war, nach Kassel kommen zu können.

Die Versammlung mußte sich mit dem Landtagsabgeordneten Professor Meyer-Wogeburg begnügen. Doch schon vorzeitig verließen die meisten den Saal.

Schwarzweißrote Methoden.

Blutiger Stahlhelmterror.

Es ist ein beliebtes Manöver der vereinigten Schwarzweißroten, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Genozidverbrechen und Wahlterror anzudichten. Wie es in dieser Hinsicht bei der Schutzharte der Schwarzweißroten aussieht, darüber konnte man früher Log für Log berichten, und wenn seit Bestehen des Reichsbanners die Rohheitsdelikte der Stahlhelme, Jungdo usw. nachgelassen haben, so ist das auf die echt völkische Angst vor dem Reichsbanner zurückzuführen. Nur wo sie sich in der Uebermacht wissen, wagen sie sich heute noch vor. Ein solcher Fall wird uns aus Pabstorf (Kreis Oschersleben) berichtet, wo Genosse Fuchs-Braunschwag in einer öffentlichen Wählerversammlung sprach.

Die Stahlhelmer hatten sich schon Stunden vorher versammelt und sich mit Alkohol vollgepumpt. Am Beginn der Versammlung riefen sie geschloffen an. Während der Rede begannen sie mit Zwischenrufen und Provokationen, aber die Ausführungen des Genossen Fuchs waren von so packender und moralischer Wirkung, daß immer wieder die Schwärz vorlauten mußten. Nachdem Genosse Fuchs unter stürmischem Beifall seine Rede beendet hatte, meldete sich ein Burleske namens Emil Lang zum Wort, der sich schriftlich als „Bauerbeiter und Nationalsozialist“ bezeichnete. Er erhielt eine Viertelstunde Redezeit, beschränkte aber länger als eine halbe Stunde den Redner, unsere Partei, die Juden usw. in gemeinlicher und verlogener Weise. Als ihm endlich das Wort entzogen wurde, ging der längst vorbereitete Krach der

nachtsüberholung aufgebaut wird. Aber man hofft doch zuverlässlich, den Verkehrsturm den Berlinern als Osterfest präsentieren zu können.

Seit einiger Zeit bewundert nun eine Frau erstaunter Menschen den modernen Mann bei seiner Arbeit. Zuerst schätzte er das Gelände in solcher Tiefe aus, daß wir alle glauben, der Turm solle unterirdisch aufgestellt werden. Diese Vermutung stellte sich als ebenso irrig heraus wie die Ansicht, das Anrollen des am anderen Ende zusammengelegten Turmes würde tummelnd unter dem Strohpflaster erfolgen. Der Brave, den mir mal im Turmgebäude herumkurken, mal die Straßenbahngeleise unterhöhlen, mal Gras sähen sehen, will zeigen, daß er, obwohl nur aus einer Person bestehend, sich seine Aufgabe nicht etwa leicht macht, sondern vor keiner Schwierigkeit zurückweicht. Daher arbeitet er auch nur zur Zeit des stärksten Betriebes. In der Nacht, wo sich höchstens im Notfall ein verrückter Wanderer oder ein arbeitsloser Bogen in die Gegend wagt, ruht die Arbeit, und der schwergeprüfte Platz erholt sich von den tags geschlagenen Wunden.

Wenn das Glück mit uns Berlinern ist, werden wir also bereits zu Ostern das Vergnügen haben, die wohlorganisierte Verkehrsstockung mit Blicklicht zu genießen. Der Leuchtturm, der den offiziellen Namen „Verkehrstochwerk“ erhalten soll, ist übrigens so günstig aufgestellt, daß sein Licht Kilometerweit erstrahlt. Man kann daher vor einer Fahrt durch die Leipziger Straße bereits am Spittelmarkt berechnen, wie lange man durch den Turm am Potsdamer Platz aufgehalten werden wird und ist in der Lage, diesbezügliche Telegramme an seine Angehörigen zu richten.

Wiederaufwertung.

Damals, als der Kriegsbeginn der beste Bronnweiner sah, war, als ein Feldwebel ein kleiner Herrgott war, als Wilhelm noch frei herumließ, da kostete auch die Kriegsanleihe ihre 100 Proz.

Der Betrunkene ist der Kaiser gefolgt, die kleiner Herrgotts sind wieder Kassennoten und Reisescheine, und die Kriegsanleihe...

Herr Pfannkuchen hat noch welche in der Kommode. Teils von damals, teils von später. Er ist gar nicht so: die Begeisterung, Thron und Altar, den Feldwebel: das Licht er zur Kat als erledigt gelten. Aber die Ansicht! Wenn jenes nicht wieder aufgewertet werden kann, nun, dann auch schon. Aber dieses...!

Herr Pfannkuchen hat eine eigene Partei gegründet: den Reichsbund für Wiederaufwertung. Der hat weiter keine Prinzipien und keine Weltanschauung und macht sich auch keine Gedanken über Staatsform und Staatspolitik. Der sammelt nur die anderen Pfannkuchen.

Eigentlich haben diese ja gar nicht zu kriegen. Helffentlich hat schon recht gehabt, als er sagte, daß die Kriegsanleihe einmal sehr teuer werden würde. Wie Ludendorffs Heere so lange siegen, bis

Stahlhelmer los. Wählich sprang Lang mit unüberzerrtem Gesicht über die Höhe der Mittelreihe lang und gab durch Hochschwanken des Stodes das Zeichen zum Angriff. Wie die wilden Bestien stürzten nun die angetrunkenen Stahlhelmer über unsere Kameraden her. Bald küdete ein Pabstorf Einwohner schwer am Kopfe. Ein junger Reichsbannerkamerad erhielt 5 oder 6 Dolchmesserstiche in den Rücken. Als besondere Aufpeitscher und Köhlinge taten sich Quisbisherer Rahmann und Sohn aus Pabstorf hervor.

Man kann die Brut der Völkischen verstehen. Sie sind zum Tode verurteilt und wissen nur zu genau, daß das Volk mit ihnen am 7. Dezember abrechnen wird. Davon wird sie auch der blutigste Wahlterror nicht schützen.

Die verfluchten Weibsbilder.

Schwarzweißrote Stoffkuzer.

Aus Weimar wird uns von einer Genossin geschrieben: In der vergangenen Woche sprach in einer Wählerversammlung in Weimar Genosse Pfarer Fuchs aus Eisenach unter allgemeinem Beifall. Nach ihm nahm ein Redner der Völkischen, Graf G., das Wort. Trotzdem nur 10 Minuten Redezeit ausgemacht waren, nahm er mehr als 25 Minuten in Anspruch. Seine Ausführungen waren derart, daß sie immer wieder teils die Heiterkeit, teils den Unwillen der sehr besuchten Versammlung entzettelten. Als ich nach ihm das Wort nahm und recht schonend sagte, daß einiges in seinen Ausführungen ein etwas humoristisches Empfinden in mir ausgelöst habe, verließ er fluchtähnlich den Saal. Von einem nachfolgenden Redner, der nicht der Sozialdemokratie angehörte, sich aber als Republikaner bezeichnete, mußte er sich deshalb der Feigheit beschuldigen lassen und der Redner fügte hinzu, so etwas nenne man für gewöhnlich „Ineifen“. Einige Tage darauf hat man nach einer anderen politischen Versammlung privatim den Grafen daraufhin interpelliert und er sagte zunächst liebenswürdig in bezug auf meine Person: „Ach, lassen Sie mich mit dem verfluchten Weibsbild in Ruhe!“, dann weiter allgemein: „Wenn wir nur überhaupt erst die verfluchten Weibsbilder aus der Politik los wären!“ Ob die Völkischen damit rechnen, daß ihnen Frauen ihre Stimme geben am 7. Dezember? Ich würde mich solcher Geschlechts-genossinnen schämen.

Es lebe die Republik!

Der Vormarsch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Schwabisch, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand hier der erste republikanische Tag unter außerordentlich großer Beteiligung statt. Er vollzog sich in den beiden größten Sälen der Stadt, die bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Die Versammlung gelobte zum Schluß, alle Kräfte für den Sieg des republikanischen Gedankens am 7. Dezember einzusetzen. An den Reichspräsidenten und den Reichstanzler wurde je ein Telegramm gerichtet.

Jreiburg, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Offen-burg fand am Sonntag unter Beteiligung von etwa 2000 Reichsbannerleuten ein oberbairischer republikanischer Tag statt. Die Anteilnahme der Bevölkerung dieser Stadt, in der im Jahre 1848 die Republik ausgerufen wurde, war außerordentlich stark.

Stettin, 1. Dezember. (III.) Das Stettiner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete gestern vormittag in den Zentralhallen eine Kundgebung auf der unter anderem auch der preussische Landeswirtschaftsminister Bendorff sprach. Im General von Bendorff wurde ein Telegramm abgefaßt. Nach Schluß der Kundgebung veranstaltete das Reichsbanner einen Umzug durch die Straßen der Stadt.

Die Wahlparole. In der Schriftenfolge zum Reichstagswahlkampf hat der Deutsche Republikanische Reichsbund eine weitere Broschüre erdienen lassen, die in kurzen prägnanten Ausführungen den Sinn des Wahlkampfes behandelt. Diese Schrift dürfte besonders viel Interessenten finden. Die Broschüre kann in einzelnen Exemplaren kostenfrei und portofrei von der Reichsgeschäftsstelle des Deutschen Republikanischen Reichsbundes, Frankfurt a. M., Bismarckstr. 88, bezogen werden.

Die Niederlage da war, fliegen die Anzeichen so lange in die Milliarden, bis sie nichts mehr wert waren.

Die Reichsparteien hoben die Parole der Pfannkuchen zu ihrer gemacht und treten ein. Sie treten energisch ein. Wehe, wer daran zweifelt, daß sie eintreten.

Sie treten für Wiederaufwertung ein. Das ist so ungeheuer daselbe wie für Glück und Wohlstand eintreten. Es gibt für niemand, der das nicht möchte. Aber weil das so selbstverständlich ist, daß es jeder möchte, logen es nur die Pfannkuchen, glauben es nur die Pfannkuchen.

Wenn die Aufwertungssüßler am 7. Dezember zur Wahl antreten, ist ihr wehendes Banner ein Stück entwertetes Papier. Ihrer heiligen Sehnsucht Zukunftsland liegt im Bärfeitel der Zeitungen begraben.

Wasserkoster. Die Berliner Stadtverwaltung hat einen neuen Versuch geschloffen, indem sie kerusmäßige „Wasserkoster“ anstellt, die das Trinkwasser der Stadt zu jeder Tages- und Nachtzeit auf ihre Güte prüfen müssen. Es war gar nicht leicht, die für diesen Beruf geeigneten Persönlichkeiten zu finden, denn es mußten Leute sein, die keinen Alkohol, Tee und Kaffee trinken und auch nicht rauchen. Die Wasserkoster wurden infolge der Klagen über das Berliner Trinkwasser ange stellt, das gelegentlich sehr schlecht schmeckende Spuren von Phenol enthält. Die Wasserkoster, die acht Stunden täglich arbeiten, prüfen das Wasser in lauem Zustande, weil dann auch der geringste schlechte Geschmack sofort erkannt werden kann. Jede Stunde werden vier Gefäße mit Wasser vor die Koster gestellt. Eins enthält das Wasser, wie es aus der Erde kommt, das zweite das Wasser nach der ersten Filtrierung, das dritte nach der zweiten Filtrierung und das letzte Gefäß enthält das Trinkwasser, wie es aus der Wasserleitung strömt. In allen diesen vier Zuständen muß es geprüft und gekostet werden, und die Wasserkoster haben bei jedem ungewöhnlichen Geschmack sofort Bericht zu erstatten.

Franz Werfel stellt im dritten Autorenabend der Volkshäuser G. B. am 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Königsstraße, aus Weilen, die von ihm in Berlin noch nicht vorgelesen wurden. Einlaßkarten zum Preise von 50 Pf. am Saaleingang.

Eine Bräuer-Gedenkfeier veranstaltet der Eisenhüttenverein durch die Schöneberger Wiederaufwertung, den 5. d. M. im Stillen. Zur Anführung gelangen Bräuer's Lebcum mit der über 200 Särven herden Gedenkfeier unter Leitung von Reichsbanner Arnold Edel. Dem Lebcum geht die in Berlin selten gehörte Dante-Symphonie von Franz List voraus.

Berliner Sezession. Die Antarktismission der Stadt Berlin hat in der Herbstausstellung der Berliner Sezession Werke folgender Künstler erworben: Leo v. Kohn, Graf Ducler, Alexander Oppler, Max Neumann, Max Kappaport, Eugen Epico, Lesser Ury, Graf Ernst Wend.

Ducinal Brandigung. Die holländische Regierung hat beschlossen, Ducinal auf Staatskosten beschaffen zu lassen. Kuffstein hat den italie über Soldaten in dem Sinne verhandelt und ihn mit der Vertretung der Regierung bei den Völkerkongressen beauftragt.

Amerika und die französische Kolonialpolitik. Die aus New York gemeldet wird, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, die französische Ausstellung für dekorative Kunst in Paris nicht zu beschicken.

Schwarzweißrote untereinander.

Freiwillige und unfreiwillige Geständnisse.

Die Deutschnationalen haben ihre Sorgen. Sie haben alle Hände voll zu tun, um die entrüsteten deutschnationalen Mitglieder, die sich belogen und betrogen fühlen, zusammenzuhalten. Nun noch Herr Maurenbrecher, der Erbschächer der Front der Deutschnationalen. Mit Entrüstung und Mut schreibt die „Nationalpost“ gegen ihn:

„Mit dem Bekenntnis zur nationalen Opposition“ allein wird er Deutschland schwerlich retten. Das Bekenntnis allein wird uns nicht viel weiter helfen in einer Zeit, wo alles aus außen- und innenpolitischen Gründen auf jähem Stellungskampf eingestellt werden muß.“

Sieh da! Also nicht Bekenntnis zur nationalen Opposition, sondern nüchterne Realpolitik. Nicht nein, sondern ja! Der Vater der „nationalen Opposition“, der Mann des Bekenntnisses zur nationalen Opposition, war nicht eigentlich Maurenbrecher, sondern Helfferich. Mit dem Munde wird man Deutschland schwerlich retten — sehr weise bemerkt man einem Parteifreund Helfferichs, Westarps, Hergts.

Herr Maurenbrecher bekommt weiter seine Jugendsünden vorgehalten:

„Insmerhin wollen wir aber auch bei dieser Gelegenheit nicht vergessen, daß Maurenbrecher, der sich jetzt zum Schulmeister über die deutschnationale Politik aufschwingt, in seiner Jugendzeit als Sozialist die vielseitigste glistigste Schmähschrift gegen das nationale Königtum der Hohenzollern geschrieben hat. Ein Werk, das nicht allein aus politischem Haß und Fanatismus geboren ist, sondern auch mit Behagen bewiesene und unbewiesene Tatsachengeschichten aus dem Privatleben der Hohenzollern breitzit. Es war uns stets unverständlich, daß man einem solchen Mann eine führende Stellung innerhalb der nationalen Öffentlichkeit anvertrauen konnte.“

Et, ei! Bewiesene Tatsachengeschichten aus dem Privatleben der Hohenzollern gibt es auch? Darf denn ein guter Deutschnationaler so etwas glauben?

Russisch-englischer Abbruch?

London, 1. Dezember. (W.T.B.) Der polnische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt: Bei der Antwort, die jetzt von der britischen Regierung an die Sowjetregierung erwogen würde, sei Churchill nachdrücklich dafür eingetreten, daß die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abgebrochen und Rawski keine Pässe zugesandt werden. Russen Chamberlain sowohl wie fast das ganze Kabinett hätten dem zugestimmt.

Neuer Schuldbeweis gegen Poincaré.

Verhinderung einer Aussprache Wilhelm—Briand.

Paris, 1. Dezember. (Eigener Drohtbericht.) Die Beweise für die Schuld Poincarés am Krieg erfahren heute eine interessante Ergänzung durch den „Impartial“. Das Blatt scheint zu wissen, daß im Frühjahr 1914 Briand durch den Fürsten von Romoffs zu einer Aussprache mit Wilhelm II. nach Kiel eingeladen worden sei. Briand habe sich dazu bereit erklärt unter der Bedingung, daß er auch über die elisabethinische Frage frei sprechen könne. Herr Poincaré, von der Initiative Wilhelms in Kenntnis gesetzt, habe Briand sehr entschieden abgeraten, der Einladung nach Kiel Folge zu leisten. Als Herr von Schön, der damals deutsche Botschafter in Paris, in den ersten Augusttagen seine Pässe verlangt hat, habe er Briand gegenüber seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß diese gepönbte Unterredung nicht zustande gekommen sei, die aller Wahrscheinlichkeit nach Europa vor der Katastrophe bewahrt haben würde.

Ungarische Parlamentskrise.

Ausschließung der Sozialdemokraten.

In Budapest wird jetzt neben dem Prozeß gegen die Hakenkreuzler, die das mörderische Bombenattentat auf den Elisabethstader liberalen Klub verbrochen haben, auch gegen den Schreiber des verstorbenen Bauernführers und Ministers Szabo a. Nagyb. Estási, wegen politischer Bestechung verhandelt. Unangefordert trat in diesem Prozeß der Ministerpräsident Graf Bethlen als Zeuge auf und behauptet, daß keine Korruption mit Ausnahmegewilligungen usw. getrieben worden sei. Der Hakenkreuzler Stephan Friedrich bewies im Parlament durch Briefe, daß diese Aussage Bethlens falsch ist. In dem sich anschließenden Sturm schloß der Präsident 15 Oppositionelle, darunter 14 Sozialdemokraten aus. Sie wurden durch Polizei erstickt; unsere „Nepolyva“ und andere Oppositionsbücher wurden beschlagnahmt. Die Sozialdemokratische Partei will einen Rufus an die ausländischen Bruderparteien erlassen. Man spricht auch von Auflösung und Neuwahlen.

Oppositionskongress in Mailand.

Mailand, 1. Dezember. (W.T.B.) Im Heinen-Theater fand gestern nachmittags die Propagandaverammlung der Oppositionskongresse statt. Es hatten sich ungefähr 70 Parlamentarier eingefunden, ferner 98 Delegierten von den Ausschüssen aus der Lombardie, Ligurien, Venetien, Emilia und Toscana, zusammen ungefähr 1000 Personen. Die Versammlung war nicht öffentlich. Der Sozialist Turati führte den Vorsitz. Er vertus zunächst eine Reihe von Zustimmungserklärungen und schloß dann die Forderungen auseinander, die die Oppositionsparteien einigten, nämlich Ordnung, Freiheit und Geschäftsmäßigkeit. Der Demokrat Amendola betonte, daß die Opposition die vollständige und rücksichtslose Wiederherstellung aller politischen Freiheiten erstrebe. Er gehe die Witz, die die verfassungsmäßigen Freiheiten Italiens in ihrem Recht lege. Das Mitglied der Sozialistischen Partei erkläre, der oppositionelle Block beschlossene nicht nur eine gemeinsame und dauerhafte Aktion für den Augenblick, sondern auch für eine Zukunft des Friedens und der Gerechtigkeit. Der Sozialist Colonna di Celaro wies auf die verschiedenen Meinungsverschiedenheiten hin, die die sogenannte Geschlossenheit der sozialistischen Partei erschwerten. Der Sozialist Oro Nobili versicherte die Unterstützung durch die Sozialisten um die Grundfachlichen wieder zu erlangen. Der Republikaner Jacinetti erklärte, das italienische Volk dürfe nicht auf die Freiheit warten, wie auf ein Geschenk, sondern müsse sie nütigenfalls mit Gewalt zurückerobern. Zum Schluß der Sitzung gab Turati dem Wunsch Ausdruck, daß, wenn das Ziel erreicht sei, diese Einmütigkeit, die die Parteien heute vereine, bestehen bleibe. Die Versammlung ging ohne nennenswerten Zwischenfall zu Ende.

Der General der Sozialistenmiliz, die man sozusagen reguläres italienisches Militär ist, Balbo, ist durch den General Gomboso ersetzt worden, nachdem gegen Balbo in einem Prozeßverfahren erwiesen worden war, daß er der Instiftung zu sozialistischen Werten hinreichend verdächtig ist.

Zahlreiche Zusammenkünfte in Italien beweisen, daß man sich dem russischen Bandenterror nicht mehr widerstandslos fügt.

Ueberfall auf Reichsbannerleute.

In Berlin und Jossen.

Die Mut der Reaktionskräfte über das starke Anwachsen der republikanischen Bewegung in den letzten Monaten und insbesondere in den letzten Wochen des Wahlkampfes hat die Aggressivität der Hakenkreuzer gewaltig gesteigert. Was sie mit geistigen Waffen nicht erreichen konnten, hoffen sie mit Schlägringen nachhaken zu können.

Der gestrige Sonntag stand nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich unter dem Zeichen der Republik und ihrer Schutztruppe, des Reichsbanners. Die Berliner Kameradschaft des Reichsbanners veranstaltete Propagandafahrten auf Lastautos. Die Kameradschaft „Mitte“ hatte den Auftrag, an der demokratischen Kundgebung im Großen Schauspielhaus teilzunehmen und nach ihrer Beendigung, die von der Polizei genehmigt Propagandafahrt durch das Berliner Zentrum zu unternehmen. Beim Passieren des Alexanderplatzes wurde der vorausfahrende Radfahrertrupp von einer Horde Hakenkreuzer angegriffen und mit Schlagtrümpfen bearbeitet. Die im Lastauto folgenden Kameraden eilten den Angegriffenen zu Hilfe und übergaben acht Hakenkreuzer der Schutzpolizei. Bei der Entführung ins Polizeipräsidium wurden die als Zeugen mitgenommenen Reichsbannerleute von einem, auf der Treppe befindlichen Beamten in der gemeinsten Weise angegriffen. Besonders fieshaft waren die Angriffe dieses „republikanischen“ Beamten auf die Republik. Auch andere Beamte beteiligten sich an diesem Schimpfkonzert. Die Beamten im Zimmer 262c des Polizeipräsidiums, unter denen sich auch der zuerst genannte Beamte befand, behandelten die festgenommenen Hakenkreuzer höflich und zuvorkommend, während die angegriffenen Reichsbannerleute sich wie Verbrecher behandeln lassen mußten. Ein angewandtes Mitglied des Gewerkschaftsbundes des Reichsbanners, das sich diese Behandlung verbat und die Feststellung des auf die Republik schimpfenden Beamten verlangte, wurde aus dem Zimmer verwiesen. Die Bandfriedensbrecher vom Hakenkreuz wurden sehr bald wieder entlassen, während die angegriffenen Reichsbannerleute sich einem sehr langen Verhör unterziehen mußten. Einer von ihnen, der sich auf dem Alexanderplatz mit einem Gummihüpfel gegen die angreifenden Hakenkreuzer gewehrt hat, wurde sogar mehrere Stunden in Haft behalten. Die Beamten der Schutzpolizei haben sich im Gegensatz zu denen des Polizeipräsidiums mustergültig benommen.

Mehrere Kameradschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstalteten am gestrigen Sonntag große Propagandafahrten in die Umgebung Berlins. Die Kameradschaft Kreuzberg fuhr auf zwei Lastautomobilen mit Anhängern nach Jossen. Ueberall, wo Landarbeiter die Reichsflaggen erblühten, erklang lauter Jubel. Ein Zeichen, daß die Landarbeiterschaft nicht mehr auf den deutschnationalen und östlichen Stimmenfang hereinzufallen gedenkt. In Jossen fand eine größere Ruhepause im Gewerkschaftshaus statt. Zwei der Fahrteilnehmer ernteten sich, um Flugblätter zu verteilen und Plakate anzukleben. Das posten den östlichen Herrschaften in Jossen nicht recht und sie rissen die Plakate zum Teil wieder ab. Als sich die Reichsbannerleute dieses verbat und den Rücken kehrten, schlugen, wie Augenzeugen bezeugen, der Schuhmacher Kaufmann aus Jossen und ein Kurt Weinberg, ebenfalls aus Jossen, Berliner Straße 9, Inhaber der Firma C. H. Lindner auf die beiden ein. Blutüberströmt drachen sie zusammen. Inzwischen war die Kunde vom dem hinterlistigen Ueberfall ins Gewerkschaftshaus gedrungen und die Mitglieder des Reichsbanners machten sich auf, um der Täter habhaft zu werden. Augenzeugen bezeugen, daß sich die Täter in einem Geschäftsfloß versteckt hielten. Die inwärtigen herbeigeeilte Stadtpolizei wurde unterrichtet, machte aber nicht die geringsten Anstalten den Laden zu öffnen. Dort tannien die Täter namenslich festgesetzt werden. Es bleibt abzumachen, ob sie zur Verantwortung gezogen werden. Die Jossener Bevölkerung, die dem Reichsbanner ihre Sympathie ausdrückt, mag hieraus lernen, wie es zugehen würde, wenn am 7. Dezember der Bürgerklub zur Herrschaft gelangt.

Das angeblich ganz neutrale Boltsche Telegraphen-Bureau verbreitet zwar in seiner „Berliner Lokalnachrichten-Korrespondenz“ einen an Unwahrscheinlichkeiten reichen Bericht über einen Zusammenstoß zwischen Bismarckblündern und Reichsbannerleuten in dem Dorf Wartenberg bei Weiskensee, wo 40 Reichsbannerleute sieben Bismarckler überfallen haben sollen, während dieselbe Korrespondenz über die Ueberfälle, denen die Reichsbannerleute in Berlin und in Jossen ausgelegt waren, keine Zeile zu berichten weiß. Man kann sich im übrigen des Eindrucks nicht erwehren, als ob jetzt eine regelrechte Hege gegen das Reichsbanner in Jossen in der Luft liegt. In dem Scherzchen „Montag“ schreibt Herr Friedrich Hussong sich folgende Anpöbelung des Reichsbanners leisten zu dürfen: „Die Stände des Reichsbanners, dieser von der Polizei gebildete Terror — es sinkt zum Himmel.“ Das ist ein Stückchen aus einem ganz langen Artikel, in dem Herr Hussong von weiter nichts spricht als von Gestank. Er muß so wissen, was seine deutschnationalen Leser am liebsten haben.

Untersuchung im Polizeipräsidium.

Wie wir erfahren, hat der Polizeipräsident eine Untersuchung angeordnet. Die Vernehmungen haben bereits um 7 Uhr morgens begonnen. Das Ergebnis der Untersuchungen ist noch nicht abgeschlossen.

Zwölf Pferde durch Feuer umgekommen.

Am Sonnabendabend 7½ Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Stallgebäude auf dem Grundstück Bronnestr. 42 Feuer aus. Da das Feuer zu spät bemerkt wurde, erstickten durch die starke Rauchentwicklung die im Stall untergebrachten 12 Pferde des Fuhrwerksbesitzers Bedehl, Köpplerer Straße 191. Die erstickten Pferde waren erst am Sonnabend nachmittags 4 Uhr in die Stallungen in der Bronnestr. 42 gebracht worden. Beim Verlassen der Stallungen und Abfüttern der Pferde um 9 Uhr abends war nichts Verdächtiges bemerkt worden. Um 11 Uhr waren sämtliche Tiere bereits verendet. Der Feuerwehr war es nicht möglich, die Entstehung des Feuers aufzuklären.

Zigeunererschlag.

Zu einer rächtigen Schlocht, bei der es Tote und Verwundete gab, kam es zwischen den verschiedenen Zigeunerstämmen, die jetzt in Reinickendorf und Umgebung Winterquartiere bezogen haben. Einzelne Parteien waren am Sonnabendabend in dem Lokal von Schröder in der Winterstraße zusammengekommen und erzielten nach kurzem Wortgefecht in ein Handgemenge. Einige griffen zu den Revolvern, es wurden mehrere Schüsse abgegeben und der 30 Jahre alte Zigeuner Max Blum so schwer getroffen, daß er sofort tot zusammenbrach. Der Bruder des Toten, Wilhelm Blum, erhielt einen Schuß in den Bauch und in den Unterleib und ein dritter, Heinz Engel, einen Unterleibsschuss und zwei Dungenerschüsse. Beide Schwerverwundeten wurden in das Reinickendorfer Krankenhaus geschafft. Es besteht keine Aussicht, sie am Leben zu erhalten. Ein vierter Zigeuner, Paul Winter, erhielt einen Armschuss. Im ganzen waren etwa 50 Zigeuner an dem Kampf beteiligt. Ein größeres Schupoaufgebot mußte erst die Kaufbolde auseinanderdrängen.

Inzwischen sind einer letzten Nachricht zufolge die beiden Schwerverletzten, Wilhelm Blum und Heinz Engel, im Krankenhaus Reinickendorf gestorben. Im ganzen hat also die Schlocht bis jetzt drei Todesopfer gefordert. Wer die Schützen sind, weiß man noch nicht. Die Kriminalpolizei steht hier vor einer schwierigen Aufgabe, wie immer, wenn es sich um Zigeuner handelt. Mögen sie sich in Gruppen oft auch noch so feindselig gegen-

überstehen, der Polizei gegenüber sind sie jedoch immer geschloffen und keiner verrät den anderen. Aus diesem Grunde ist auch eine schwere Messerscherei, die etwa 2 Monate zurückliegt, bis heute noch nicht völlig aufgeklärt. Damals gerieten in einer Reinickendorfer Schanzwirtschaft zwei Zigeuner wegen einer Frau aneinander, der eine erhielt dabei einen Messerschuss und kam gerade noch mit dem Leben davon. Dieser Schwerverletzte erklärte vor der Kriminalpolizei, daß er seinen Gegner nicht nennen wollte, obwohl er ihn kenne. Er wolle keinen Straf Antrag stellen, sondern sich vielmehr selbst rächen.

Verfehlungen eines Berliner Gerichtsassessors.

Mehrere Verfahren anhängig gemacht.

Wie erst jetzt bekannt wird, sind gegen den Assessor Dr. Walter Schott beim Landgericht I mehrere Strafverfahren anhängig gemacht worden. Dr. Schott ist seit Juli dieses Jahres vom Dienst suspendiert und seit einiger Zeit auch aus dem Amt ausgeschieden. Ueber die aufsehenerregende Angelegenheit erfahren wir folgende Einzelheiten:

Dr. Schott, der einer angesehenen Berliner Familie entstammt und 34 Jahre alt ist, galt ganz allgemein als ein außerordentlich befähigter Jurist, der trotz seiner Jugend im Jahre 1920 zur Politischen Abteilung bei der Staatsanwaltschaft veretzt wurde und unter Staatssekretär Weismann als Assessor arbeitete. Dr. Schott, der von Hause aus nicht allzu begütert war, trat jedoch sehr elegant auf und pflegte einen gesellschaftlichen Verkehr, der größere Anforderungen an ihn stellte als er verantworten konnte. So ließ er sich, um die Mittel für seine kostspielige Lebensführung zu erhalten, zu Geschäften verleiten, die um so bedenklicher waren, als er eine ganz besondere Vertrauensstellung genoß und Verfahren zu bearbeiten hatte, die in jeder Beziehung einen äußerst peinlichen und korrekten Beamten erforderten. Aber gerade hier scheint es Dr. Schott an der erforderlichen Sorgfalt haben lassen. Diese Verläufe waren schon seit längerer Zeit bekannt und sie verdächtigen sich schließlich so, daß Dr. Schotts vorgelegte Stelle sich veranlaßt sah, die Dinge amtlich nachzuprüfen. Als der Beschuldigte merkte, daß gegen ihn eine Untersuchung betrieben wurde, reichte er sofort ein Urlaubsgesuch ein und bei wenige Tage später um seine Verabschiedung aus dem Dienst. Die Untersuchung wurde sofort fortgesetzt. Unabhängig davon aber wurde die Untersuchung weitergeführt, die sich so verdichtete, daß nunmehr mehrere Verfahren gegen Dr. Schott anhängig gemacht worden sind. Die in nicht allzu ferner Zeit die zuständigen Gerichte beschuldigen werden.

Die gelähmte Tochter verkuppelt.

Wegen schwerer Kuppelerei an ihrer eigenen Tochter hatte sich gestern die Frau Balldorf vor dem Großen Schöffengericht Mitte zu verantworten. Was den Fall besonders interessant machte, war der Umstand, daß die Angeklagte sich nicht gelähmt hatte, auf schänder Gewinnlust ihre eigene Tochter, die hilflos an der Sprache und an den Gliedern gelähmt zu Bett lag, Männern preisgegeben, die sie zu diesem Zweck von der Straße heraufgebracht hatte. Die empörenden Vorgänge wurden auch von den Quasubwohnern bestätigt, die schon längst an dem Treiben in der Wohnung Anstoß genommen hatten. Die Angeklagte führte zu Entschuldigung an, daß sie den größten Teil ihres Lebens in Rußland verbracht hätte, wo man „an derartigen Tugenden nicht ländet“. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt. Das Schöffengericht erkannte jedoch nur auf zwei Jahre Gefängnis.

Billigeres Schweinefleisch?

Von ununterrichteter Seite werden wir auf folgendes hingewiesen: Seit mehreren Wochen erfolgt die Einfuhr von geschlachteten Schweinen aus Westpolen (früher Westpreußen und Posen); bisher sind über 7000 Stück nach Berlin eingeführt. Die Preise für diese Ware schwanken zwischen 75 und 85 M. je Zentner Schlachtgewicht. Durchweg sind die Preise also 10 bis 15 M. je Zentner niedriger wie Berliner Schlachtung. Wo bleibt das billige Fleisch? In den Fleischmärkten erfolgt der Verkauf dieses Fleisches zu gleichen Preisen wie dasjenige aus Berliner Schlachtungen. Können diese erheblichen Fleischmengen nicht ohne Auszahlung unnötigen Zwischenhandels zu angemessenen Preisen dem Konsum zugeführt werden? Hier ist Belegende, durch richtige Organisation dem Fleischmacher entgegenzutreten.

Ein Probefprung aus dem vierten Stock.

Nun hat auch eine Frau bewiesen, daß man bei einiger Übung sich gefahrlos vom vierten Stockwerk auf die Straße stürzen kann, ohne daß man sich dabei die werken Knochen bricht. Eine Dänin, Frau Morris, die sich um ein Engagement im Wintergarten bewar, und deren Betörungen man nicht ohne weiteres Glauben schenkte, erbot sich, durch einen Sprung aus dem vierten Stockwerk des Hauses Unter den Linden 44 ihre Sprungqualifikation zu erheben. Die Dame führte das Wagnis aus ohne Unfall aus und landete glücklich auf dem Bürgersteig, ohne einen Schaden zu nehmen. Frau Morris behauptet, zu dieser eigenartigen Höchstleistung durch ein Brandunglück veranlaßt zu sein, bei dem sie genötigt war, von großer Höhe aus dem Fenster zu springen.

Umlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahnlinien 24, 51 und 57, die bisher über Anhalter Bf. und Schönberger Str. umgeleitet wurden, werden vom Dienstag, den 2. Dezember d. J. ab über Köpenicker Straße, Köpener Straße, Schöneberger Ufer, Flottwellstraße, Lühnowstraße, Potsdamer Str. geführt.

Wahlrechtsabfälle. Die Wahlberechtigten des Straßengebietes Bismarckallee bitten in einem Antrag um Geben für die armen Familien der 1900 Wohnungen. Eine Sammelreise ist bei Graue, Wdstr. 90, eröffnet worden. Die Verteilung der eingegangenen Spenden erfolgt ohne Unterbrechung der Konzeption.

Öffentliche Kundgebungen der Gruppe Berlin des Reichsbundes jüdischer Freisoldaten. Der Reichsbund jüdischer Freisoldaten wird in den letzten Wochen des Wahlkampfes mit zwei großen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Am Montag, den 1. Dezember, abends 7½ Uhr, werden im großen Saal des Lehrerseminars Redakteur Dr. Moritz Goldstein und Reichsbundvorsitzender Dr. Julius Wolfes über das Thema: „Sind wir Juden reallos?“ sprechen. — Am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7½ Uhr, findet in den Epidemien, Epidemienstraße 8, ein Vortrag des Reichsbundvorsitzenden Dr. Bruno Weil über das Thema: „Die jüdische Internationale“ statt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 61, Lindenstraße 2. Rechts an das Zeitungsbüro, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

12. Kreis. Heute, Montag, nämlich 7 Uhr, treffen sich alle Genossen, die nicht an einer Verammlung teilnehmen, vor dem Bahnhof Niederbarnheime, Caspary, zum Besuch einer Gegenandacht.
11. Kreis. Montag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, in Krematorium Gerichtshof 12a — 130. Wkt. Vorkauf. Gruppenführer: haben heute Plakate und Handzettel für die Verammlung am Donnerstag und Freitag, 1. Dezember, abends 8 Uhr, bei Mollath, Kollertstraße, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung Eridelnen aller Mitglieder Pflicht!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Gesellschaftliche Berlin S. 14, Seebadstr. 27/28. Hof 2. Tr. Kameradschaft Niederbarnheime tritt heute abend um 7½ Uhr vor dem Hauptportal Niederbarnheime an. Es dürfen nur die Kameraden teilnehmen, die den Sozialismus in Oberbarnheime übernommen haben. Es ist eine mündliche Gegenandacht zu veranstalten.

